

Samstags-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschint wochentlich am Donnerstag, am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30,00, in den Postgebieten abgeholt M. 35,00 monatlich. Die absperrtesten Tages- und Nummern-Belegblätter kosten im Ortsvertrieb M. 3,00, im auswärtigen Vertrieb M. 4,00. Postämtern die Kilometer-Zelle M. 15,00 im Ortsvertrieb und M. 20,00 im auswärtigen Vertrieb. Tages- und Nummern-Belegblätter: Fern über Postämter.

Verlags-Gesellschaft: Halle a. S., Neue Dammstraße 17, Schriftführer: Hausentrup. Gesamtleitung: Nummer 1140 und 1142. Stadt-Verwaltung: Markt 24. Druck-Verwaltung: „Verwaltung Halle a. S.“. Druckerei: Bantanus Heilmann, Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 32815. Anzeigen-Verwaltung: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 32815. Anzeigen-Verwaltung: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 32815. Anzeigen-Verwaltung: Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig 32815.

„Erst Brot, dann Reparationen!“

Ein Wort des Reichskanzlers / An der Grenze des deutschen Erfüllungswillens / Marktsturz und Arbeitnehmerbezüge / Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften / Belgische Bemühungen um eine neue Konferenz.

Des Kanzlers Urteil.

London, 16. August. Reichskanzler Brüning gewährte dem Berliner Vertreter des „Daily Chronicle“ eine Unterredung, in der er die Auffassung der deutschen Regierung über die gegenwärtige Lage u. a. wie folgt zusammenfaßte: Der Ausgang der Londoner Konferenz ist eine Katastrophe und die Tatsache, daß Deutschland eine Ausgleichsrate von 500 000 Pfund Sterling bezahlt habe, zeige aufs neue, daß es nicht daran denke, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Deutschland sei im Gegenteil nach wie vor bereit, seinen Kräften entsprechend zu zahlen. Wenn dieser Wille von Tag zu Tag durch den raschen Sturz der Wert verhindert werde, so sei das nicht die Schuld der Reichsregierung. Was wirtschaftlich unmöglich sei, würde von selbst zusammenbrechen. Erst Brot, dann Reparationen! Aus bloßer Menschlichkeit müßten wir unsern Volk das Brot sichern, um es nicht in Elend und Verzweiflung zu treiben. Das Moratorium müßte auf die nächsten Monate laufen, wenn es überhaupt einen praktischen Wert haben sollte.

London, 15. August. Daily Telegraph erzählt, daß der Reichskanzler Dr. Brüning dem in London weilenden Staatssekretär Bergmann mitgeteilt habe, daß die Annahme einer affizierten Kontrolle, die über die Garantien, die kürzlich in den Verhandlungen mit dem Garantienkomitee vereinbart wurden, hinausgehen würden, einen Vertrauensbruch gegenüber dem Reichstag darstellen würden. Er habe für diese Garantien die Zustimmung der Parteien nur erhalten unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie das Neueste seien, auf das Deutschland eingehen könne.

500 000 Pfund Sterling für Ausgleichszahlungen.

Abhebung einer erweiterten Kontrolle.

Berlin, 16. August. Die deutsche Regierung hat in einer Kabinettsitzung eine Note an die Entente beschlossen, in der es heißt: Die deutsche Regierung hat durch Noten vom 14. Juli an die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens den Antrag gestellt, hinsichtlich der Abhebung der Ausgleichsleistungen eine mehrseitige Regelung zu treffen. Auf diesen Antrag hat die deutsche Regierung die erwartete gemeinschaftliche Entscheidung der alliierten Mächte bisher nicht zugewagt. Die deutsche Regierung hat deshalb entsprechend ihrer Aufgabe, auch für den Fall des Ausbleibens einer gemeinschaftlichen Entscheidung der alliierten Mächte ihren vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen, heute einen Gesamtbetrag von 500 000 Pfund (2 320 000 000 Papiermark) zur Verfügung gestellt.

Poincaré rechtfertigt sich.

Erläuterungen an die Pressebetreuer.

Paris, 15. August. Ministerpräsident Poincaré hat, nachdem sich eine Einigung mit England als unmöglich erweisen hatte, die Presse zusammenberufen und ihr sehr ausführliche Erklärungen, d. h. eine Rechtfertigung seines Standpunktes abgegeben. Er betonte selbstverständlich, daß Deutschland eine Wollstrolache verfolge, die auf systematischen Zahlungsausfällen beruhe. Er führte ferner aus, daß ihn die Note Walfours daran gehindert habe, seinen Reparationsplan in London vorzutragen und fügte hinzu, daß er auch gestern Nachmittag noch bereit gewesen wäre, diesen Plan zu unterbreiten, wenn er nicht durch die Initiative der englischen Regierung, Deutschland unbedingt ein Moratorium zu gewähren, daran verhindert worden wäre. Die englische Regierung habe ihn mit dieser Initiative vor eine vollendete Tatsache gestellt und habe ihm als Gegenleistung für ein Moratorium nur die Abgabe der Entente auf den deutschen Export und die Führung der Zölle an die Garantienkomitee angeboten. Mit diesem Angebot habe er, Poincaré, sich nicht zufrieden geben können, weil, wie er sagte, das eine Maßnahme sei, die schon im letzten Jahr beschlossen wurde, die ihm aber keine neuen Pfänder biete.

Poincaré betonte, daß trotz allem, das Lord George angeführt habe, Deutschland zahlen könne. In der Debatte habe er 15 Millionen Mark. Man könnte 150 Millionen Mark von Deutschland bekommen, ohne dadurch die Entwertung der Mark weiter zu treiben. Der Marktsturz in Deutschland hänge mit ganz anderen Dingen zusammen. Poincaré führte weiter aus, daß schon der Entschluß, Deutschland müsse die 50 Millionen Goldmark an die Ausgleichsämter voll bezahlen, ein gewisser Beweis dafür sei, daß man Deutschland für zahlungsfähig halte. Auch mit einem ganz kurzen Moratorium konnte ich mich einverstanden erklären, sagte der Ministerpräsident, weil uns dieser Vorstoß in Wirklichkeit keine Sicherheiten geboten hätte. Wir haben uns also in sehr freundlicher Weise getrennt. Man hat mir gesagt, daß das Ergebnis der Londoner Konferenz ein im Buch der Entente gleichkomme. Darauf habe ich aber erwidert, ich könne das nicht glauben und würde meinerseits alles daran legen, dies zu verhindern, nur nicht die Interessen meines Landes ausgeben. Der Bruch zwischen Frankreich und England wäre allerdings ein großes Unglück, aber die französische Öffentlichkeit könnte sich nur fort-

währenden neuen Konsessionen nicht einverstanden erklären, und ich habe vorgezogen, in meiner Stellung zu beharren, und nicht ein Protokoll zu unterzeichnen, das auf diesen Weg führt.

Die englischen vier Punkte.

London, 15. August. Die englische Regierung veröffentlicht über die Schlußfolgerung der Konferenz einen längeren offiziellen Bericht, aus dem hervorgeht, daß der Abbruch der Konferenz nach Vorliegen folgender vier Punkte der englischen Regierung erfolgte:

- 1) Die Konferenz hätte sich bis Ende dieses Jahres zu verhalten.
- 2) In der Zwischenzeit müsse die Reparationskommission über die Gewährung oder Ablehnung des Moratoriums beschließen.
- 3) Die vom Garantienkomitee beschlossenen und von Deutschland angenommenen Garantien seien sofort durchzuführen.
- 4) Die englische Regierung verpflichte sich, in der Zwischenzeit von keinem der früheren Schuldner Kapitalien oder Zinsen zu fordern.

Diese Vor schläge wurden von allen Delegierten außer Poincaré angenommen, der als Bedingung für ein Moratorium produktive Pfänder forderte, anderfalls er sich ablehnend verhalte. Lord George erklärte, die Konferenz sei gerade deshalb zusammenberufen worden, um ein Moratorium zu beschließen. Es sei überflüssig, jetzt ein Moratorium zu verweigern. Was die von Poincaré geforderten Pfänder angeht, ist England der Ansicht, daß die vom Garantienkomitee vorgeschlagenen Garantien genügen. Die englische Regierung weist die Vor schläge Poincarés nicht aus Empathie für Deutschland zurück, sondern weil sie der Ansicht ist, daß sie dem verfolgten Ziel widersprechen. Es sei nicht zu erwarten, die Förderung der deutschen Sache den Alliierten zu übertragen, da dies nur durch die deutschen Verleugungen geschehen könnte. Eine ausländische Leitung werde nicht mit so gutem Erfolge arbeiten können wie die deutsche Leitung. Die deutsche Regierung habe übrigens schon große Mühe gehabt, die vom Garantienkomitee geforderten Garantien vom Reichstag annehmen zu lassen. Wenn diese Garantien noch erweitert würden, wären erste Störungen der wirtschaftlichen und politischen Gleichgewichte Deutschlands zu befürchten. Die englischen Vor schläge wurden jedoch abgelehnt, wodurch die Beschlußfassung über das Moratorium automatisch an die Reparationskommission zurückgeht.

Sitzung der Reps.

Fransösische Siegesfindigkeit.

Paris, 15. August. Zur bevorstehenden Sitzung der Reparationskommission am Donnerstag schreibt der „Temps“, daß der Beschluß, den die Reparationskommission zu fassen berufen sei, einstimmig gefaßt werden müsse, um für die Alliierten verbindlich zu sein, denn es handele sich nicht um ein Moratoriumsgebot Deutschlands, sondern um ein Gebot um Herabsetzung der Reparationsleistungen. Dazu sei aber dem Einverständnis der Reparationskommission gemäß Einmütigkeit zwischen den alliierten Delegierten notwendig. Der „Intransigent“ erklärt, Frankreich könne seinen weiteren Aufschwung zumuten, da sich in der Zwischenzeit das Defizit des Landes fortwährend vergrößere, während die deutschen Steuerzahler erleichtert würden.

Die Arbeitnehmer und die Teuerung.

Berlin, 16. August. Die Spitzenverbände der Arbeitnehmerorganisation haben sich in den letzten Tagen mehrfach mit den Forderungen nach Erhöhung der Bezüge beschäftigt. Man hört, daß sie heute mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt die Wirtschaftslage erörtern und anschließend daran zu Beschlüssen gelangen wollen, die am Donnerstag der Reichsregierung vorgelegt werden sollen. Es wird sich zunächst nur um Forderungen der Staatsangestellten und Staatsarbeiter handeln, die aber erfahrungsgemäß nur den Auftakt zur Forderung der Angestellten und Arbeiter in den Privatbetrieben bilden. Man hört ferner, daß die Spitzenverbände der Gewerkschaften der Regierung auch gewisse Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung vorschlagen wollen, die auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft und teilweise Rückstoß zur Zwangsverwaltung hinausgehen, vor allem aber zu einer Drosselung der Einfuhr führen sollen.

Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung sich mit allen diesen Forderungen auch schon beschäftigt hat und daß sie nach Mitteln und Wegen sucht, wie vor allem der mehrfachen Ausweitung der Marktwertung ein Riegel vorgeschoben werden und wie innerer Budget und der Haushalt der Staatsbetriebe, die im ersten Halbjahr durch ein ansehnliches Defizit neuer und erhöhter Steuern müßig um Gleichgewicht gebracht worden sind, darin auch erhalten werden können.

Heutiger Stand des Dollars 1011!

Bruch oder Abbruch?

Pessimismus hat weite Kreise erfaßt. Ein so jähneliches Ende der Londoner Konferenz hatte man in Deutschland denn doch nicht erwartet. Die Börse hat prompt darauf reagiert. Der Dollar ist, wie wir gestern schon berichtet haben, in jähem Sprunge über tausend Mark hinaufgeschossen. Die innerpolitischen Folgen dieser neuen Markkatastrophe werden sich bei uns auf den verschiedensten Gebieten schwer fühlbar machen. Dann ist die Frage im Vordergrund: wie werden sich die Dinge außenpolitisch nun weiterentwickeln? Poincaré hat erreicht, wonach er in seinem unerfährlichen Kadebust strebt. Frankreich befolgt die kürzlich geforderte Handlungsweise. Wenn er sich an den Versailles Vertrag halten will — und den hat er ja stets als ein Rückgrat angesehen — so kann er allein aber dennoch keine einzige seiner verdröhten Forderungen, die er in London vorgebracht hat, in Kraft bringen. Er kann ohne die Zustimmung der Alliierten keine neue Zollgrenze ziehen, er kann nicht Zölle und Begrenzungen des Schiffsverkehrs und auch keine Ausfuhrverbote selbständig erheben. Der Versailles Vertrag bindet in dieser Hinsicht Frankreich, und wenn es die Schlinge zerreißen wollte, dann würde das den Bruch der Entente bedeuten. Poincaré hat aber ausdrücklich versichert, daß er es auf keinen Fall zum Bruch mit England und Italien kommen lassen wolle.

Frankreich bleibt allerdings immer noch ein Weg, um Deutschland zu quälen und zu schädigen. Das ist der Weg der politischen und militärischen Sanktionen. Er bringt zwar nichts ein, indes ungesetlich ist schon der Franzosen die ihrer augenblicklichen Seelenverfassung, wenn Deutschland in neue Schwierigkeiten gebracht wird. Poincaré wird den Weg wirtschaftlich beizutreten, denn er hat den nationalpolitischen Scheitern in Paris nichts anderes Greifbares aus London mitgebracht. Zu verkennen ist nicht, daß das Londoner Ergebnis in Frankreich wie in England gleichmaßen harte Reue mit sich führt. Es vermag neuerdings eine starke Kritik. Sie will nicht viel aus seiner tiefen. Geschäftsordnungsmaßnahme liegen die Dinge so, daß die Londoner Konferenz in erster Linie zusammentrat, um über das deutsche Moratoriumsgebot vom 12. Juli zu entscheiden. Man wollte in dieser Frage der Reparationskommission die Last abnehmen. Nun wird sie ihr wieder zurückgegeben. Aber in der Reparationskommission dürfte die gleiche Unklarheit Platz greifen, die das Kommissariat der Londoner Konferenz war. Wenn Frankreich und Belgien sich gegen das Moratoriumsgebot aussprechen, dann ist es mit Stimmengleichheit abgelehnt. Da aber dann die von Frankreich vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen ebenfalls mit Stimmengleichheit abgelehnt werden würden, so wäre die berühmte Kommission glücklicherweise zum toten Punkte angelangt. Sie hat inzwischen der deutschen Regierung mitgeteilt, daß die Entscheidung über die Zahlung der Reparationsleistungen für den 15. August noch in der Schwebelage bleiben solle. Man muß dabei freilich von der fälligen Reparationsrate für August die Zahlungen für das Ausgleichsverfahren trennen. Auch für die Ausgleichszahlungen hatte die deutsche Regierung um einen Zahlungsaufschub erludt. Diese Frage beschäftigt die Reparationskommission nicht, sondern nur direkt mit den beteiligten Regierungen erledigt werden. Auf unser Stundensgebot hin hatte Poincaré sofort mit den Retorsionsmaßnahmen in Einklang Vorbringen geantwortet. Um ihm hier in den Arm zu fallen, hat die Schlußfolgerung der Londoner Konferenz noch nach beschlossen, daß wir die fällige Augustrate im Betrage von 2 Millionen Pfund oder 42 Millionen Goldmark zahlen sollen. Das ist zweifellos gut gemeint, um den Widerstand Frankreich in seine Schranken zu weisen. Aber Deutschland ist, besonders nach dem neuen Marktsturz gar nicht in der Lage, die 42 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen aufzubringen. Die deutsche Regierung teilt in einer Note mit, daß sie 1 1/2 Millionen Pfund, also über 10 Millionen Goldmark an das für die Ausgleichszahlungen überweisen werde. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß man in der Reparationskommission der französischen Regierungen mehr staunen als über seine Stabilität, mit der er solchen Unfug vor doch innerlich urteilssfähigen Menschen vorträgt. Der Zweck der ganzen Rede vor den Journalisten war freilich ein anderer. Der französische Ministerpräsident will nicht den Bruch der Entente; denn auf die Dauer weiß er ganz genau, daß er, mit diesem Datum befehle, sehr bald in seinem Lande abwürfschaffen würde. In England ist man sich gleichfalls darüber klar, daß ein Bruch

